

# Was kann Deutschland tun, statt atomar aufzurüsten?

[Startseite](#) - [Politik](#) - Stand: 14.06.2024, 13:25 Uhr



*Sit-In gegen den Nato-Doppelbeschluss in Mutlangen, 1984. © imago/Sven Simon*

Es gibt Alternativen zu einer atomaren Bewaffnung. Ein Gastbeitrag von Volker Jung, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Angelika Claußen, Ulrich Gottstein und Michael Karg.

Es mehren sich Stimmen, die eine mögliche atomare Bewaffnung Deutschlands oder unter Beteiligung Deutschlands in Betracht zu ziehen. Wir fragen, braucht Deutschland eine neue Aufklärungs-Welle in der Debatte um Atomwaffen?

Vor 70 Jahren, wenige Wochen nach dem Zünden der größten amerikanischen Wasserstoffbombe im Bikini-Atoll am 1. März 1954, kamen in Wiesbaden drei Theologen und drei Atomphysiker zu einem vertraulichen Austausch zusammen: EKD-Ratsvorsitzender Otto Dibelius, Theologie-Professor Helmut Gollwitzer, EKHN-Kirchenpräsident Martin Niemöller und Otto Hahn, Chemienobelpreisträger, Werner Heisenberg, Physiknobelpreisträger, sowie der Physiker, Philosoph und Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker.

Eingeladen hatte Martin Niemöller. Als die sechs auseinandergingen, hatte Niemöller, der Pastor und ehemalige Offizier, die Erkenntnis gewonnen: Nukleare Waffen sind keine Waffe, sondern ein Massenvernichtungsmittel. Es gibt keinen Zweck, der damit noch erreichbar wäre. Diese Erkenntnis verstärkte sich auch bei den Wissenschaftlern, ihre Begegnung mit den Ethikern von der evangelischen Kirche hatte richtungweisende Folgen.

Die Bundesrepublik verzichtete auf eigene Atomwaffen. Doch hier lagerten und lagern Atomsprengköpfe der USA. 1979 plante die Nato, im Rahmen eines „Doppelbeschlusses“ (Verhandeln und Aufrüsten), neue atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren.

Die Bundesregierung setzte ihren „Doppelbeschluss“ aus Dislozieren und Verhandeln um. Im Ergebnis wurden ab 1987 insgesamt 2692 Atomraketen in Ost und West abgezogen und komplett verschrottet, überwacht durch circa 1000 wechselseitige Vorort-Kontrollen, geregelt im INF-Vertrag zur Abrüstung aller Mittelstreckenraketen in Europa. Mehrere Verträge zur Begrenzung und zum Rückbau von Atomwaffen folgten.

Und heute? Der INF-Vertrag ist gekündigt, obwohl er 1987 auf unbeschränkte Dauer geschlossen wurde. Gekündigt sind auch der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehr (ABM) und der Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies). Der New-Start-Vertrag über die strategischen Atom-Potenziale ist außer Kraft gesetzt, der Umfassende Atomteststoppvertrag (CTBT) ist noch nicht in Kraft getreten. Die Rüstungskontrolle ist somit weithin ausgesetzt. Derzeit wachsen die politischen und militärischen Spannungen. Zeitgleich könnte die Verbindung zwischen Europa und den USA brüchiger werden.

Angesichts dieser Entwicklungen plädieren manche wieder für eine deutsch-europäische Atom-Aufrüstung, nun sogar mit Hyperschall-Trägersystemen, die die Vorwarn- und damit auch mögliche Deeskalationszeiträume minimieren. Diejenigen, die dies fordern, sprechen wie der frühere Bundeskanzler Konrad Adenauer seinerzeit für eine deutsche Verfügung über Atomwaffen mithilfe neuester Waffentechnologie. Doch es gilt wie damals: Je „kleiner“ die Atomwaffen, umso höher ist ihre Einsatz-Wahrscheinlichkeit, umso größer ist die Kriegsgefahr.

Was kann Deutschland konkret tun – statt atomar aufzurüsten?

1. Deutschland kann die Atomwaffenstaaten nachdrücklich daran erinnern, ihre im gültigen Atomwaffensperrvertrag von 1970 eingegangene „Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen und auf die nukleare Abrüstung gerichtete wirksame Maßnahmen zu ergreifen“, nun auch umzusetzen und die ausgesetzten atomaren Rüstungskontrollverträge in neuen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Offizielle Atomwaffenstaaten sind die USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China. Inoffiziell gehören Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea dazu.
2. Deutschland kann mit den Nato-Verbündeten einen Fahrplan erarbeiten mit dem Ziel, die nukleare Teilhabe zu beenden.
3. Deutschland kann dem 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Damit würde Deutschland bestätigen, keine Nuklearwaffen zu besitzen und auf seinem Territorium zuzulassen.
4. Deutschland kann sich für eine gesamteuropäische atomwaffenfreie Zone einsetzen, die Russland einbindet. Deutschland hat hierfür bereits eine Vorleistung erbracht: Die neuen Bundesländer einschließlich Berlins sind durch den Zwei-plus-vier-Vertrag vom 12. September 1990 bereits eine völkerrechtsverbindliche Atomwaffen-freie Zone.

Wir bitten die Bundesregierung, diese vier Initiativen zu ergreifen. Die Öffentlichkeit, Wissenschaft, Medien, Politik, Zivilgesellschaft, bitten wir, diese Initiativ-Möglichkeiten begleitend genau zu prüfen und breit zu erörtern.

**Volker Jung**, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau; **Ernst-Ulrich von Weizsäcker**, Professor für Umweltforschung und Diplom-Physiker; **Angelika Claußen**, Präsidentin der IPPNW Europa; **Ulrich Gottstein**, Gründungs-Mitglied der Deutschen Sektion der IPPNW; **Michael Karg**, Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung

Der Text ist eine gekürzte Fassung der „Wiesbadener Erinnerung“. Sie ist vollständig abrufbar unter [IPPNW.de](http://IPPNW.de) oder [Martin-Niemoller-Stiftung.de](http://Martin-Niemoller-Stiftung.de)

-----

## Zur Serie

**Menschen** brauchen Frieden. Aber es herrscht Krieg in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt. Welche Wege können zum Frieden führen?

**In der FR-Serie** #Friedensfragen suchen Fachleute seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine nach Antworten. Angesichts aktueller Entwicklungen weiten wir den Blick und schauen auch auf Friedensperspektiven für andere Regionen.

**Dabei** legen wir Wert auf eine große Bandbreite der Positionen – die keineswegs immer der Meinung der Redaktion entsprechen. Alle Artikel [finden sich auch in unserem Dossier](#).

## Ukraine-Krieg: Friedensfragen

**Welche Wege führen zum Frieden? Was müssen wir hinterfragen, was angesichts von Waffengewalt nicht opfern? Fachleute geben Antworten in der FR-Serie "Friedensfragen".**

Der Krieg ist zurück in unserer Nachbarschaft. Von Tag zu Tag sehen wir mehr von den schrecklichen Folgen. Wie kann das Töten aufhören? Wie können Putin und seine russischen Truppen gestoppt werden? Was kann und muss Deutschland tun, damit Frieden einkehrt?

Auch für die deutsche Politik stehen grundsätzliche Fragen im Raum. Einige davon hat die Bundesregierung sehr schnell beantwortet – und oft anders, als sie es noch wenige Monate zuvor getan hätte. Zum Beispiel: „Dürfen wir Waffen in ein Kriegsgebiet schicken, oder müssen wir es sogar tun?“ und „Soll Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel der Nato für Verteidigungsausgaben erfüllen?“

Aber fallen die Antworten befriedigend aus? Welche langjährigen Überzeugungen müssen hinterfragt werden, und welche gelten noch? Welche Auswege aus der Kriegslogik und welche Wege in Richtung Frieden kann es geben?

Dies will die Frankfurter Rundschau in ihrer Serie #Friedensfragen von vielen Seiten beleuchten. Wir haben Expertinnen und Experten ebenso wie engagierte Menschen aus Organisationen und Initiativen eingeladen, sich wichtigen Fragen zu stellen und Antworten zu suchen. Uns liegt daran, dass sich die Autorinnen und Autoren nicht auf Kritik beschränken, sondern Alternativen aufzeigen. Langfristig, aber auch kurzfristig mit Blick auf den Krieg.

So schwierig das ist: Nie war es so wichtig, um Antworten zu ringen. Und überhaupt die richtigen Fragen zu erkennen. Denn es geht ums Ganze: Es geht um #Friedensfragen.

*(Von Pitt von Bebenburg)*